Strategische Benennungen

Zur Sprachgeschichte des geteilten Deutschland in einem deutsch-schwedischen Kontext

Charlotta Seiler Brylla

Online publiziert: 3. April 2019
© Der/die Autor(en) 2019

Zusammenfassung Die Systemkonkurrenz im Kalten Krieg war auch ein Kampf um Benennungen. Im deutsch-deutschen Konkurrenzkampf spielten beispielsweise die verschiedenen Bezeichnungen der Länder eine zentrale Rolle. Mithilfe einer diskurslinguistischen Studie wird in diesem Artikel untersucht, wie sich der Gebrauch der Benennungen für die beiden deutschen Staaten 1949–1989 im öffentlichen Diskurs Schwedens sowie in den deutschen Ländern wandelte. Während im deutsch-deutschen Kontext regelrechte semantische Kämpfe um die Staatsnamen ausgetragen wurden, wird im schwedischen Material eine eher pragmatische Einstellung deutlich: die Wahl der Namen folgte in erster Linie einer funktionalen Norm der Kommunikation. Allerdings ist der Versuch, die deutschen Staaten sprachlich gleichberechtigt zu behandeln ab Ende der 1960er Jahre in Schweden auffällig.

Schlüsselwörter BRD · DDR · Deutschlandfrage · Kalter Krieg · Staatsnamen · Deutsch-schwedische Kontakte · Bezeichnungskonkurrenz · Diskurslinguistik

Strategic Naming

A Linguistic Approach to the German State Names During the Cold War

Abstract The Cold War brought the East and West into competition between systems, and this battle was also waged on a discursive level. By using different names the states were able to position themselves and simultaneously call into question the legitimacy of the »other« Germany. This paper takes on the »German question« from a linguistic perspective by analysing different names for both German states in public discourses. The paper also sheds light on Sweden's view of divided Germany

C. Seiler Brylla (✉)

Institut für slawische und baltische Sprachen, Finnisch, Niederländisch und Deutsch, Universität Stockholm, Stockholm, Schweden
E-Mail: charlotta.brylla@tyska.su.se

by examining how both German states were portrayed linguistically in Sweden between 1949 and 1989. The German-German context involved regular wars of words, where the use of a name could prompt both domestic and foreign policy conflicts while the Swedish materials show a more pragmatic approach: names were increasingly chosen to suit the context of communication. However, the attempt to portray the two German States as equal regardless of genre starting in the late 1960s is remarkable.

Keywords FRG · GDR · Cold War · German Question · State Names · German-Swedish Relations · Discourse Linguistics · Referential Strategies

1 Einleitung

Die Existenz von zwei deutschen Staaten 1949–1989 bedeutete eine Konkurrenzsituation, die sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch während des gesamten Zeitraums prägend war. Während in den 1950er und 1960er Jahren die Bundesregierung einen Alleinvertretungsanspruch des deutschen Volkes durchzusetzen versuchte, kämpfte die DDR um die diplomatische Anerkennung durch die westeuropäischen Staaten.¹ Dieser Kampf wurde durch die Hallstein-Doktrin erschwert, der zufolge eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch Drittstaaten als unfreundlicher Akt gegenüber der Bundesrepublik galt. Im Zuge der Ostpolitik Willy Brandts und der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR im Westen Anfang der 1970er Jahre entspannte sich das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten. Trotzdem bestand bis zur Auflösung der DDR die Systemkonkurrenz fort und damit der jeweilige Anspruch einziger legitimer Repräsentant des deutschen Volkes zu sein.

Die Systemkonkurrenz schlägt sich auch sprachlich nieder. Sie führte zu einem Kampf um die Verwendungs- und Definitionshoheit politisch-ideologischer Vokabeln, zu denen auch die verschiedenen Bezeichnungen der beiden deutschen Staaten gehörten: Beiden Seiten war es wichtig, dass die offizielle Staatsbezeichnung verwendet wurde. Das jeweils »andere« Deutschland mit inoffiziellen Bezeichnungen wie *die Zone*, oder *drüben* für die DDR bzw. *die Bonner Republik* oder *das kapitalistische Westdeutschland* für die Bundesrepublik zu benennen war eine in diesem Zusammenhang häufig benutzte diskursive Strategie in der politischen Kommunikation. Damit sollte der Gegner delegitimiert und dessen Existenz in Frage gestellt werden. Auch wie ein drittes Land die deutschen Staaten bezeichnete, war für die außenpolitischen Beziehungen von Bedeutung und die falsche Staatsbezeichnung konnte unter Umständen zu diplomatischen Verstimmungen führen.

¹ Einfachheitshalber benutze ich in diesem Artikel die *DDR* und die *Bundesrepublik* als Kurzformen sowie die Nationalitätsadjektive *ostdeutsch* und *westdeutsch* als deskriptive Kategorien, wenn ich auf die Länder referiere, ohne den Sprachbrauch anderer wiederzugeben. Sie sollen damit als analytische Begriffe der Gegenwart betrachtet werden, ohne die Konnotationen, die sie damals (im Untersuchungszeitraum) hatten. Sie sind von dem objektsprachlichen Gebrauch der Kategorien zu unterscheiden; letztere sind kursiv markiert.

In diesem Artikel soll die sogenannte *Deutschlandfrage* aus einer sprachhistorischen Perspektive beleuchtet werden. Im Fokus der vorliegenden Studie stehen Eigen- bzw. Fremdbenennungen der beiden deutschen Staaten sowie die Benennungspraktiken im öffentlichen Diskurs Schwedens. Damit soll ein Beitrag zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte und zu den deutsch-schwedischen Beziehungen im Kalten Krieg geleistet werden. Mithilfe einer diskurslinguistischen Studie soll gezeigt werden, wie sich der Gebrauch der Benennungen für die beiden deutschen Staaten 1949–1989 im öffentlichen Diskurs Schwedens sowie in der Bundesrepublik und in der DDR gewandelt hat.

Der Beitrag verfolgt zwei Ziele: Zum einen eignen sich die Staatsnamen für die empirische Studie eines linguistischen Phänomens mit historisch-politischer Relevanz, nämlich die Nomination oder Bezeichnungskonkurrenz als strategisches Werkzeug der politischen Kommunikation. Mit anderen Worten: Das Potential von Eigennamen als Untersuchungsobjekt für diskurs-/politilinguistische Studien soll demonstriert werden. Zum anderen ist der Gebrauch der Staatsbezeichnungen in einem Kontext der deutsch-schwedischen Beziehungen im Kalten Krieg von interdisziplinärem Interesse. Historiker*innen² haben gezeigt, dass Schweden Gegenstand eines deutsch-deutschen Tauziehens war, wobei die Bundesrepublik über die ganze Periode schon die wichtigere Partnerin war, die DDR jedoch in einigen Bereichen als Vorbild diente (Abraham 2007; Almgren 2009, 2011; Linderroth 2002; Scholz 2000; Seiler Brylla 2013). Die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz führte zu einem Spannungsfeld für das neutrale Schweden, das mit beiden Ländern Beziehungen pflegen wollte und zwischen den Fronten zu navigieren suchte.³ Nichtsdestotrotz hat sich die Forschung für die schwedischen Kontakte zur Bundesrepublik nicht so sehr interessiert wie für die Beziehungen zur DDR. Abgesehen von Alexander Muschiks (2005) Studie zur Dreiecksbeziehung der beiden deutschen Staaten und des neutralen Schwedens 1949–1972 stand hauptsächlich die DDR im Fokus der Forschung zu den deutsch-schwedischen Beziehungen im Kalten Krieg.⁴ Der vorliegende Artikel ist damit auch ein Beitrag zur Erforschung der politischen Positionierung Schwedens im Verhältnis zum geteilten Deutschland, indem die diskursive Konstruktion der beiden deutschen Staaten anhand der Staatsbezeichnungen untersucht wird.

² Ich schließe mich einer konstruktivistischen Sichtweise auf Sprache an, was sich in der Schreibweise der Personenbenennungen niederschlägt. Ich lehne das generische Maskulinum als Prinzip ab und werde deshalb in Singularis zwischen der femininen und maskulinen Form willkürlich wechseln. Bei den Pluralformen benutze ich die Schreibweise mit einem *, das beide Geschlechter mit einschließen und zugleich die Binarität hinterfragen soll. Vgl. Hornscheidt/Nduka-Agwu (2010, S. 37).

³ Germanist*innen an der Universität Stockholm in den 1970er und 80er Jahren zeugen davon, wie die Konkurrenz zwischen dem westdeutschen Goethe-Institut und dem DDR-Kulturzentrum ein reichhaltiges Kulturangebot bedeutete (Seiler Brylla/Wåghäll Nivre 2015, S. 12). Auch Deutschlehrende an schwedischen Grundschulen und Gymnasien hatten vielfältige Möglichkeiten, weil ihnen konkurrierende Fortbildungen in der Bundesrepublik bzw. in der DDR angeboten wurden (Almgren 2009, S. 251).

⁴ Für die finnisch-deutschen Beziehungen im Kalten Krieg liegen zwei Studien vor: Griesse (2006) und Hentilä (2006) berücksichtigen beide die deutsch-deutsche Konkurrenz.

2 Theoretisch-methodische Ansätze

2.1 Sprachgeschichte als politische Geschichte

Mit der Düsseldorfer Forschungsgruppe ist eine große Anzahl von Arbeiten zum öffentlichen Sprachgebrauch der Bundesrepublik Deutschland entstanden, die sich einer sprachlich orientierten Methode bediente, um Zeit-, Sozial- und Kulturgeschichte zu erforschen (z.B. Stötzel/Wengeler 1995; Böke et al. 1996). Jene diskurslinguistische Methode »beruht auf der Beobachtung, daß in öffentlichen Diskussionen der Sprachgebrauch selbst oft explizit oder indirekt zum Thema wird« (Stötzel 1995, S. 2) und stellte einen Versuch dar, eine Geschichte des öffentlich-politischen Sprachgebrauchs der Gegenwart zu schreiben. Als Inspiration hierfür zählte zum einen der Ansatz des Germanisten Peter von Polenz, der sowohl für eine Sprachgeschichte der Gegenwart als auch für eine Verbindung von Sozial- und Sprachgeschichte plädierte (von Polenz 1991, S. 17 ff.). Das Düsseldorfer Projekt war aber auch vom Historiker Reinhard Koselleck geprägt, der die zentralen Begriffe der Geschichte nicht nur als Indikatoren gesellschaftlichen, kulturellen Wandels beschrieb, sondern auch als Faktoren der Geschichtsschreibung (Koselleck 1972, S. XXIII ff.). Epistemologische Grundlagen einer solchen pragmatischen, kulturwissenschaftlichen Sprachgeschichtsschreibung sind die realitätskonstitutive und handlungsorientierte Funktion von Sprache sowie das Bedingungsverhältnis von Sprache und Gesellschaft (Kämper 2011, S. 33).

Das von der Düsseldorfer Gruppe entwickelte Konzept der Schlüsselwörter bzw. Leitvokabeln als diskursprägende »Wandel- und Problemindikatoren« (Stötzel 1995, S. 12) ging mit einer spezifischen Auffassung von Diskursen einher (siehe u.a. Busse/Teubert 1994), aus der sich wiederum die germanistische Diskurslinguistik bzw. eine bestimmte Richtung der linguistischen Diskursanalyse entwickelte (vgl. Spitzmüller/Warnke 2011 und Spieß 2011). Die Überzeugung, dass die Analyse von Diskursen als »gesellschaftliche Wirklichkeit konstituierende kommunikative Prozesse und Praktiken« (Kämper 2011, S. 35) eine wirksame Herangehensweise ist, um gesellschaftliche Phänomene zu erforschen, liegt der vorliegenden Studie zugrunde (vgl. hierzu auch Gardt 2007, S. 39).

2.2 Namen als diskurslinguistisches Untersuchungsobjekt

Im Fokus dieses Beitrags stehen die Staatsnamen für die beiden deutschen Staaten zur Zeit des Kalten Krieges. Aus theoretisch-methodischer Perspektive ist es zunächst einmal relevant, danach zu fragen, was der Gebrauch der Namen über die damaligen politischen Diskurse aussagen kann. Inwiefern sind (Staats)namen für eine diskurslinguistische Studie bedeutsam?

Das Lexikon ist ein zentrales Instrument sprachlichen Handelns in der Politik. Es ist von Bedeutung zu fragen: *Wie* benenne ich *was* für *wen* in welcher Kommunikationssituation? Eine Staatsbezeichnung ist eine linguistische Einheit auf lexikalischer Ebene. Es handelt sich um sogenannte Nomina Propria der Subkategorie Toponyme. Spitzmüller und Warnke (2011, S. 140) verweisen auf die diskurslinguistische Relevanz von Eigennamen jeglicher Art »als vielfältiger Ausdruck transtextueller

Aussagenkontexte.« Der Gebrauch von Toponymen referiert auf historisch relevante Kontexte, womit sie Cluster von Bedeutungen und Wertungen aufrufen, ähnlich wie bei den Schlüssel- und Schlagwörtern (Böke et al. 2005, S. 258–59). Bei der Untersuchung von Namen handelt es sich folglich um die Analyse lexikalischer Einheiten, aber es besteht ein zentraler Unterschied zu einer lexikalischen Analyse darin, dass bei einer diskurslinguistischen Studie die Namen in einen bestimmten Diskurs eingebettet sind und im Hinblick auf ihre Funktion in diesem Diskurs untersucht werden. Es geht somit um die Diskursrelevanz der untersuchten Namen, die in den verschiedenen Kontexten bestimmte Denkweisen und Einstellungen repräsentieren. Eine diskurslinguistische Analyse kann auf lexikologischen und semantischen Methoden aufbauen, muss aber auch eine textübergreifende Perspektive anlegen, um die Diskursrelevanz erkennen zu können (Böke et al. 2005, S. 258; Busse/Teubert 1994, S. 27).

Im politischen Diskurs lassen sich zweifelsohne viele Beispiele mit diskurssemantischen Funktionen für Eigennamen belegen, insofern die Sprachbenutzerin mit der Wahl der Bezeichnung auch eine Einstellung signalisiert.⁵ Die Staatsnamen können somit eine indexikalische Funktion übernehmen, die für die vorliegende Studie von Interesse ist – mit dem Namen positioniert sich die Sprachbenutzerin politisch-ideologisch (vgl. Deppermann 2015; Spitzmüller 2013).

2.3 Nomination und Bezeichnungskonkurrenz

Politische Positionierung durch Sprache auf der lexikalischen Ebene wird u. a. im Rahmen der Nominationstheorie diskutiert (Girnth 2015, S. 65 ff.). Durch Benennungsakte nehmen die politischen Akteur*innen kommunikativ Bezug auf außersprachliche Gegenstände. Mit dem Referenzakt wird zugleich auch eine Konzeptualisierung des außersprachlichen Objektes vollzogen, das heißt mit der Wahl des Ausdrucks bringt der Sprecher auch seine Einstellung gegenüber dem Bezeichneten zum Ausdruck. Diese Stellung beziehende, wertende Form von Referenz wird als Nomination bezeichnet und die zu diesem Zwecke verwendeten Wörter als Nominationsausdrücke. So wurde das Referenzobjekt ›Berliner Mauer‹ je nach Kommunikationssituation und Sprachbenutzerin unterschiedlich benannt. Im öffentlichen Diskurs der DDR existierte der Ausdruck *antifaschistischer Schutzwall*, während in der Bundesrepublik die Bezeichnung *Schandmauer* gelegentlich vorkam (Hahn 1995, S. 300). Die mit den beiden Ausdrücken vorliegende Nominationskonkurrenz wird in der Politolinguistik oft in Anlehnung an Klein (1991, S. 61 ff.) *Bezeichnungskonkurrenz* genannt. Entscheidend für dieses Konzept ist eine Konkurrenz um die Ausdrucksseite von Wörtern, also ein Kampf um die richtige Bezeichnung. Nomination und Bezeichnungskonkurrenz sind diskursive Strategien, die in der politischen Kommunikation eine wichtige Rolle spielen und die erst durch eine transtextuelle, diskurslinguistische Analyse erkannt werden können.

Mit Hellmann (1997, S. 96) möchte ich festhalten, dass die Bezeichnungskonkurrenz in der Auseinandersetzung zwischen den deutschen Staaten in zweierlei Hinsicht Relevanz hatte: zwischenstaatlich und innerstaatlich. Zum ersten: Wer war

⁵ Ein aktuelles Exempel ist *Belarus* vs. *Weißrussland*.

eigentlich das ›richtige‹ Deutschland, wer war legitim und hatte dadurch ein Existenzrecht? Beide Staaten bestritten in diesem Zusammenhang einander das Recht sich so zu benennen, wie sie sich benennen wollten. Innerstaatlich konnte der Kampf um die richtige Bezeichnung auch als Widerspruch gegen die regierungsamtliche bzw. parteioffizielle Linie funktionieren. Ein von der offiziellen Bezeichnung abweichender Gebrauch konnte den Sprachbenutzer in Schwierigkeiten bringen.⁶

2.4 Material, korpuslinguistisches Verfahren, Schwerpunkt des Beitrags

Im Fokus der Studie stehen die Staatsnamen als linguistische Einheiten, die mithilfe einer textübergreifenden Perspektive als diskurslinguistische Phänomene erkannt werden. Die Auswahl der zu untersuchenden Daten erfolgte nach dem Prinzip, dass ein so umfassendes, facettenreiches und repräsentatives Material wie möglich erfasst wird. Es wurde auch – wenn möglich – auf digitale Korpora zugegriffen. Für das westdeutsche Material konnte ich auf vorliegender Forschung aufbauen, die hier kursorisch und mit weiterführenden Hinweisen referiert wird. Was die ostdeutschen Verwendungen der Staatsnamen betrifft, wurden eigene Recherchen mit bereits vorhandenen Studien kombiniert, während für den schwedischen Kontext erstmalig eine korpusgestützte Studie durchgeführt wurde. Das Untersuchungsmaterial besteht in erster Linie aus Tageszeitungen und politischen Dokumenten. Im schwedischen Material wurden auch Lehrbücher, Informations- und Reiseliteratur und zum Teil auch audiovisuelle Medien herangezogen.

Die deutschen Staatsnamen sind bereits Gegenstand der linguistischen Forschung gewesen, der vorliegende Beitrag bringt jedoch durch den schwedischen Diskurs sowie die komparative Perspektive neue Aspekte, weshalb in der Darstellung der Schwerpunkt auf diesen liegt.

3 Analyse

3.1 Die Staatsnamen im deutsch-deutschen Diskurs

Die Existenz von zwei deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg führte zu einer Bezeichnungskonkurrenz in der Eigen- und Fremdbenennung der beiden Staaten. Hier sollen ausgewählte Aspekte dieser Benennungsproblematik vorgestellt werden.⁷

3.1.1 Benennungspraktiken in der Bundesrepublik

Zunächst war es in der Nachkriegszeit kompliziert nachzuvollziehen, was die Bezeichnungen *Deutschland/Deutsch/Deutsche/r* eigentlich bedeuteten. Deutschland war nach dem Krieg territorial zwar aufgeteilt, existierte aber noch in historischer

⁶ Hier sei aber ausdrücklich darauf verwiesen, dass solche Tabubrüche in West und Ost verschiedene Konsequenzen hatten.

⁷ Die Benennungen der deutschen Staaten werden in Berschin (1979), Hellmann (1968/69, 1989, 1997) und Hahn (1995) ausführlich beschrieben.

und völkerrechtlicher Hinsicht weiter, zumindest in der bundesdeutschen Verfassung. In den offiziellen Richtlinien der Bundesrepublik wurde in den 1960er Jahren festgelegt, die Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland* zu empfehlen, aber auch die Kurzform *Deutschland* sollte möglich sein (Hellmann 1968/69, S. 54). Bersch (1979, S. 92–93) und Hellmann (1989, S. 36) belegen, dass die Bezeichnung *Deutschland* mit der Zeit immer häufiger mit Referenz auf die Bundesrepublik und seltener im gesamtdeutschen Sinn benutzt wurde. Ein Gebrauch von *Deutschland* mit Referenz nur auf den Westteil exkludierte den anderen deutschen Staat und war in dem Bestreben nach einem wiedervereinigten Deutschland nicht problematisch. Bezeichnungen wie *Mitteldeutschland*, *Ostdeutschland* oder *die Zone* dienten daher der Konzeptualisierung der DDR als ein Teil der Bundesrepublik, wie die folgende Aussage von Erich Mendes illustriert:

»Es gibt keine staatlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mitteldeutschland. Die Bundesrepublik erkennt die Sowjetische Besatzungszone als Staat nicht an. Sie vermeidet auch die Formulierung ›Deutsche Demokratische Republik‹ und warnt vor ihr, denn in jedem dieser Worte steckt eine geschichtliche Lüge. [...] Wir ziehen es vor, von ›Mitteldeutschland‹ als Regionalbezeichnung zu sprechen oder von der ›Sowjetischen Besatzungszone‹.« (Erich Mendes 1964, zitiert nach Korlén 1965, S. 9.)

Erich Mendes war damals Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und das Zitat kann als exemplarisch für die westdeutsche Debatte der 1960er Jahre gelten. Durch die Nomination des anderen deutschen Staates als *Mitteldeutschland* erfolgte eine geopolitische Aussage, welche die polnischen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze als *Ostdeutschland* konstruierte (siehe hierzu Hahn 1995, S. 288–293). Mit der Nomination der DDR als eine *Sowjetische Besatzungszone* stand die ideologische Positionierung im Vordergrund.

Eine weitere Entnennung⁸ der DDR geschah durch negativ konnotierte Bezeichnungen wie das *Pankow-Regime*, die *Pankower Diktatur* oder nur *Pankow*, die auf ein Stadtteil in Berlin referierte, in dem viele SED-Funktionäre lebten. Besonders häufig war die Strategie *DDR* mit distanzierenden Anführungszeichen zu versehen – »DDR« – oder mit dem Zusatz des modalen Attributs *die sogenannte DDR* zu bilden. Gegen Ende der 1960er Jahre und insbesondere durch die Ostpolitik Willy Brandts verschwand die distanzierende Form aus dem öffentlichen Sprachgebrauch, die Publikationen der Springer-Press behielten jedoch die »DDR«-Schreibung bis 2. August 1989 (Hahn 1995, S. 295–96).

⁸ Sprachtheoretisch betrachte ich Benennungen als aktive Sprachhandlungen, durch welche die Sprachbenutzer*innen kontinuierlich an der Konstruktion von Wirklichkeit mit beteiligt sind. Eine Bezeichnung oder ein Teil einer Bezeichnung nicht zu benutzen wie beispielsweise *Mitteldeutschland* statt *Deutsche Demokratische Republik* oder *Bundesrepublik* statt *Bundesrepublik Deutschland* wird deshalb als eine *Entnennung* (Hornscheidt 2012) betrachtet.

3.1.2 Benennungspraktiken in der DDR

Auch die DDR beanspruchte das ›richtige‹ Deutschland zu vertreten, was an dem Staatsnamen *Deutsche Demokratische Republik* erkenntlich wird. Die Entwicklung des Gebrauchs von *Deutschland* ging in der DDR jedoch in die andere Richtung im Vergleich zur Bundesrepublik. Bis Ende der 1960er Jahre strebte die DDR die Exklusivrechte für die Bezeichnung an, aber in den 1970er Jahren hielt das Zweinationen-Modell Einzug, und seit der Verfassung 1974 war die DDR keine *deutsche* Nation mehr, sondern *ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern*. Die Etikette *Deutschland* und *Deutsch* durften nicht mehr verwendet werden (außer für die historische Zeit, Hermanns 1992, S. 253) und die Strophe *Deutschland einig Vaterland* in der Nationalhymne konnte nicht mehr gesungen werden, weshalb die Hymne dann nur noch instrumental vorgeführt wurde (Berschin 1979, S. 28).

Wie geladen und problematisch das Deutschland-Label war, zeigt ein historisches Beispiel. Im Jahr 1978 fuhr der DDR-Bürger Sigmund Jähn als erster deutscher Kosmonaut ins Weltall.⁹ Es war ein großer Moment für die DDR, die Bundesrepublik in diesem prestigebeladenen Bereich zu übertreffen. Wie konnte dieser Erfolg der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz am besten vermarktet werden, waren doch die Bezeichnungen *Deutschland* und *Deutsch* zu diesem Zeitpunkt bereits tabuisiert? Tatsächlich tauchten konkurrierende Plakate zu Ehren Jähns auf, die auf die Ambivalenz der Nationszugehörigkeit verweisen: Zunächst einmal war ein Plakat mit dem Text: *Unser Fliegerkosmonaut – der erste Deutsche im All* aufgehängt worden, aber bald wurden diese durch Plakate mit dem Text *Sigmund Jähn – einer von uns* ersetzt (Seiler 2001, S. 19).

Auch für die Bundesrepublik wurde die Bezeichnung *Deutschland* von offizieller Seite nicht benutzt, ebenso wurde ihr offizieller Name im ganzen Untersuchungszeitraum weitgehend vermieden. In den 1950er und 1960er Jahren war der Gebrauch von *Westdeutschland* in lexikalischer Opposition zu *Deutsche Demokratische Republik* oder *DDR* verbreitet, was das andere Deutschland als ein regionales Provisorium konstruierte. In den Richtlinien des Politbüros zur Auslandsinformation der DDR heißt es zum Beispiel: »Die DDR ist der deutsche Friedensstaat« (S. 37); »Westdeutschland ist zum Hauptzentrum der Kriegsgefahr in Europa geworden« (S. 41). (SAPMO, DY30 JIV 2/2 Nr 1011)

Weitere Benennungen für die Bundesrepublik in der DDR sind *die westdeutsche Republik* und manchmal auch *die deutsche Bundesrepublik* die als *DBR* gekürzt wurde. Diese Bezeichnung ermöglichte eine wertende Kontrastierung der beiden deutschen Staaten: es existierten eine *deutsche* Bundesrepublik und eine *deutsche demokratische* Republik. In polemischen Texten waren pejorative Attribuierungen üblich: das *militaristische*, *imperialistische* oder *revanchistische* Westdeutschland.¹⁰ Außerdem wurden metonymische Bezeichnungen mit *Bonn* gebraucht: *der Bonner Staat*, *das Bonner Regime*, *die Bonner Ultras*, wobei die Nennung der Hauptstadt hier eine ähnliche delegitimierende Funktion wie *Pankow* in der bundesdeutschen Verwendung hatten (siehe 3.1.1)

⁹ Kosmonaut: Pendant zum westlichen Begriff des Astronauten.

¹⁰ Siehe z.B. *Neues Deutschland* 5.8. 1951 S. 2, 31.1. 1960 S. 3.

3.1.3 Der Streit um die Abkürzung: DDR vs. BRD

Die Annäherung der deutschen Staaten hat in den Benennungspraktiken Spuren hinterlassen. Im Dezember 1969 benutzte Walter Ulbricht zum ersten Mal offiziell die Abkürzung *BRD* (Hellmann 1997, S. 103), woraufhin sich die Bezeichnung im öffentlichen DDR-Diskurs schnell einbürgerte. Ein Strategiedokument des Politbüros zur Auslandsinformation von 1973 zeigt, dass *Westdeutschland* als Bezeichnung von *BRD* abgelöst wurde. Eine Recherche im Korpus der DDR-Presse der Datenbank der Staatsbibliothek Berlin zeigt den Wandel in Zahlen (Tab. 1).

Hellmann (1997, S. 104) stellt zudem fest, dass es eine klare Korrelation gibt zwischen der Zunahme der Abkürzung *BRD* und dem Rückgang verbaler politischer Beschimpfung. Aus der DDR-Perspektive war der Gebrauch der offiziellen Abkürzung zum einen ein diplomatischer Akt, der einer de facto-Anerkennung des anderen Deutschlands gleichkam. Zum anderen konstruierte die wiederholte Ko-Okkurenz von DDR/BRD eine Gleichstellung der beiden Staaten.

In der Bundesrepublik stieß diese Kürzungssymmetrie jedoch nicht auf Zustimmung. Ganz im Gegenteil entfaltete sich in den 1970er Jahren ein Streit über den Gebrauch von *BRD* in und außerhalb der Bundesrepublik (Berschin 1979, S. 74–78; Hellmann 1997). 1978 beschwerte sich ein CDU-Politiker im Bundestag darüber, dass »das kommunistische Kürzel BRD« in österreichischen Medien zunehmend Verwendung fand (Hellmann 1997, S. 93). Ein Jahr zuvor war der Gebrauch von *BRD* bei der Nachrichtensendung Tagesschau in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung kritisiert worden, auch diesmal kam die Kritik von einem CDU-Politiker. Er fragte polemisch, ob es der Nachrichtenredaktion bewusst war, dass *BRD* eine »kommunistische Agitationsformel« sei (Hahn 1995, S. 319).

Über die ostdeutschen Gründe, die Abkürzung zu benutzen, wurde oben bereits reflektiert, aber sicher könnte man hinzufügen, dass eine Entnennung von Deutschland – wie es das Kürzel *BRD* ermöglichte – auch im Sinne der DDR-Regierung war. Trotzdem beruht die westdeutsche Argumentation auf falschen Grundlagen, denn *BRD* war keine ostdeutsch-kommunistische Konstruktion, sondern wurde 1949 von Wilhelm Grewe, dem ersten Botschafter Adenauers in den USA, lanciert. Die Abkürzung wurde in verschiedenen Nachschlagewerken in deutsch-deutschen Angelegenheiten und auch in Teilen der Medien gelegentlich gebraucht, bis sie 1965 in offiziellen Richtlinien negativ reguliert wurde (Hellmann 2011, S. 67). 1974 wurden in der Bundesrepublik »Bezeichnungsrichtlinien« erlassen, die vor allem Lehrenden vom Gebrauch der Abkürzung *BRD* abrieten (Hellmann 1989, S. 36; Berschin 1979, S. 78). Wie es dazu kam, ist schwer zu beantworten, die politische Entwicklung ist jedenfalls mitzudenken. Die negative Regulierung fällt in eine Zeit, in der die Hallstein-Doktrin immer mehr in Frage gestellt wird und in der die Bezeichnung *DDR* in Umlauf kommt. Ein Behaupten der Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland* oder *Deutschland* auf Kosten des Kürzels *BRD* konnte unter Umständen als Positionierung gegen die neue Ostpolitik verstanden werden. Durch die Wahl der Bezeichnung war es möglich, Opposition gegen die regierungsamtliche Linie in der Deutschlandfrage auszudrücken. Befürchtet werden konnte zudem, dass der Gebrauch des Namenspaars *BRD/DDR* ein gleichberechtigtes Verhältnis suggerieren

Tab. 1 Anzahl Treffer für BRD im Korpus DDR-Presse. Quelle: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/suchergebnisse/> (1/3 2016)

DDR-Presse im Jahr	1959	1969	1970
Anzahl Treffer für BRD	4	278	3460

und den anderen deutschen Staat aufwerten statt in Frage stellen würde (Hellmann 1997, 102).

3.2 Ost und West im schwedischen öffentlichen Diskurs

Wir haben gesehen, dass die Frage, wie der eigene Staat und das ›andere‹ Deutschland benannt werden sollten, in beiden deutschen Staaten bis zur Wiedervereinigung kompliziert bzw. problematisch blieb. Im Folgenden soll gezeigt werden, welche Benennungen in einem schwedischen öffentlichen Kontext gebraucht wurden, um auf das geteilte Deutschland zu referieren, und welche Bilder und Konzeptualisierungen der Länder daraus resultierten. Sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR war Schweden als neutrales Land ein wichtiger Partner. Auslandsinformativische Tätigkeiten beider Länder zielten auf das Image in Schweden als das ›richtige‹ und ›bessere‹ Deutschland.

3.2.1 Westdeutschland vs. Ostdeutschland

Im schwedischen Korpus wird deutlich, dass die Eigennamen *Västtyskland* (Westdeutschland) und *Östtyskland* (Ostdeutschland) sich schnell als Bezeichnungen im öffentlichen Diskurs Schwedens etablieren. Sie werden anscheinend neutral und unkommentiert gebraucht, was darauf schließen lässt, dass ihnen die im deutsch-deutschen Kontext vorhandenen negativen Konnotationen nicht anhaften. Als Beispiel sei hier die Broschüre *Berlinproblemet* (Das Berlinproblem) von 1961 angeführt, die vom staatlichen Außenpolitischen Institut herausgegeben wurde. Der Verfasser Erik Holm (1961) verfolgt konsequent die Benennungsstrategie, dass *Västtyskland* für die Bundesrepublik und *Östtyskland* für die DDR gebraucht werden, während *Tyskland* auf die Zeit vor der Teilung referiert oder wenn beide Länder gemeint sind. Ein etwas späteres Beispiel stellt ein Artikel in der Tageszeitung *Stockholms Tidningen* vom 25. September 1965 dar, als der ehemalige schwedische Außenminister Östen Undén sich zur Deutschlandfrage äußerte und dabei durchgehend die Bezeichnungen *Östtyskland* und *Västtyskland* benutzt. Die umstrittene Ostgrenze benannte er übrigens mit *Oder-Neiße-gränsen*.

Eine Korpusrecherche in *Press 65*, das einen Teil des schwedischen Referenzkorpus KÖRP ausmacht und aus Tageszeitungen besteht, bestätigt den Gebrauch von Ost- und Westdeutschland und zeigt die folgenden Treffer für die deutschen Staatsbezeichnungen (Abb. 1).

Hier ist zu erkennen, dass die Bezeichnungen *Bundesrepublik*, *DDR* und *BRD* kaum oder gar nicht vorhanden sind. Der Trefferquote zufolge ist *Westdeutschland* ein häufigeres Thema als *Ostdeutschland* in der schwedischen Presse dieser Zeit. Ein Drittel der Belege für Deutschland referiert zudem auf die Bundesrepublik. Die

Abb. 1 Gebrauch der Namen für das geteilte Deutschland im Jahr 1965 in der schwedischen Presse nach dem schwedischen Referenzkorpus KORP (Korpusgröße: 1120 332 Tokens). Quelle: Press 65 KORP <http://spraakbanken.gu.se/korp/> (1/7 2018)

anderen Deutschland-Belege weisen auf das historische Deutschland oder generell auf beide Staaten hin. Mitte der 1960er Jahre scheinen die Benennungspraktiken somit relativ eindeutig zu sein. Im Material finden sich aber auch metasprachliche Belege, in denen der deutsche Sprachgebrauch kritisch kommentiert wird. In einem Artikel in der sozialdemokratisch gesinnten Zeitung *Aftonbladet* (5.9.1965) plädierte der Schriftsteller Lars Gyllensten für eine schwedische Anerkennung der DDR und stellte die westdeutsche Benennungspolitik in Frage:

»Ostdeutschland kann nicht einmal erwähnt werden, ohne dass die Aggressionen gleichzeitig aufgeblasen werden – das Land heißt »Die sogenannte demokratische deutsche Republik«, »Mitteldeutschland« (der letzte Terminus setzt ein Ostdeutschland östlich der gegenwärtigen DDR voraus, das ist also ein Teil der Propaganda für die Assimilation der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze zu Polen).«¹¹

Diese Kritik an der schwedischen Haltung in der Deutschlandfrage – also lediglich die Bundesrepublik als Staat anzuerkennen – nahm Ende der 1960er Jahre zu. Immer mehr Journalist*innen und Intellektuelle kritisierten, dass Schweden keine diplomatischen Verbindungen mit der DDR hatte, obwohl de facto schon viele Kontakte im Bereich des Handels und der Kultur vorhanden gewesen seien. Das wichtigste Argument der Gegner*innen war, eine schwedische Anerkennung der DDR würde die deutsche Teilung für permanent erklären. Als die Ostpolitik Willy Brandts den Weg für eine westdeutsche Anerkennung der DDR freimachte, hieß es stattdessen, dass eventuelle diplomatische Interventionen von Schweden die deutsch-deutschen Verhandlungen stören könnten (von Friesen 1973, S. 139).

In den öffentlichen Richtlinien aus dieser Zeit finden wir die Bezeichnungen *Förbundsrepubliken Tyskland*, *Västtyskland*, *Tyska Demokratiska Republiken* und *Öst-*

¹¹ Original: »Östtyskland kan över huvud taget inte nämnas utan att aggressionerna samtidigt blåses upp – landet heter »Den så kallade demokratiska tyska republiken«, »Mellantyskland« (den sista termen förutsätter att det finns ett Östtyskland, öster om nuvarande DDR, dvs den ingår i propagandan för assimilation av områden öster om Oder-Neiße-gränsen mot Polen).« Übersetzungen aus dem Schwedischen ins Deutsche von der Verfasserin, CSB.

tyskland. Als Nationalitätsadjektiv wird für beide Staaten *tysk* (deutsch) empfohlen und als Nationalitätssubstantiv ebenfalls *tysk*.¹²

3.2.2 Konkurrierende Bezeichnungen für die DDR

Die sogenannte Deutschlandfrage geriet immer mehr in den Fokus der schwedischen Presse und 1968/1969 kann eine Veränderung in den Benennungspraktiken beobachtet werden.¹³ Neben den bereits genannten sprachreflektierenden Beiträgen werden Explikationen wie *Tyska Demokratiska Republiken (Östtyskland)* gebraucht und auch die Abkürzung *DDR* ist in Gebrauch gekommen. In einem Artikel aus *Aftonbladet* vom 27. Juni 1968 wird Folgendes festgehalten: »Aber die ostdeutschen Maßnahmen demonstrieren vor allem Westdeutschlands Dilemma in der Deutschlandpolitik, was die Relationen der Bundesrepublik zu Ostdeutschland, DDR, betrifft.«¹⁴ Dass Westdeutschland wie hier auch als *Bundesrepublik* benannt wird, ist Ende der 1960er Jahre eher unüblich.

In den 1960er Jahren wurde auch versucht - in DDR-affirmativen Kreisen - eine schwedische Abkürzung für die DDR zu lancieren. In dem auf Schwedisch gedruckten Material, das vom DDR-Kulturzentrum bzw. vom DDR-Verlag Panorama stammte, wurde die Abkürzung *TDR* benutzt. Der offizielle Freundschaftsverein Schweden-DDR nannte sich am Anfang folglich *Föreningen Sverige-TDR*. Diese Lancierung glückte jedoch nicht, und es konnten lediglich vereinzelte Beispiele in nicht-kommunistischen Tageszeitungen oder in anderen Publikationen belegt werden (vgl. Ekengren 1999, S. 274, Bonniers Lexikon 1966). Schließlich riet der Leiter des DDR-Kulturzentrums, Jan Peters, sogar davon ab, die schwedische Abkürzung zu gebrauchen, um die schwedischen Sprachbenutzer*innen, welche Ende der 1960er Jahre die Abkürzung *DDR* immer öfter wählten, nicht zu verwirren (PM Jan Peters, BArch, SAPMO, DY 13 2589, 14.6.1968, S. 2).

Andere Bezeichnungen für die deutschen Staaten lassen sich selten belegen und wenn, dann eigentlich ausschließlich in metasprachlichen Kontexten. Ein Beispiel für *Mellantyskland* (Mitteldeutschland) soll illustrieren, wie die westdeutsche Argumentation für die Bezeichnung *Mitteldeutschland* in einem Artikel genutzt wird,

¹² Diese Richtlinien stammen vom Amt für schwedische Sprachpflege (Nämnden för svensk språkvård) und sind in dessen Zeitschrift *Språkvård* (Sprachpflege) in der Nummer 4, 1965 (S. 14) zu finden. Es handelt sich um eine Liste über Staaten und Nationalitätsbezeichnungen, die auf ein Verzeichnis des schwedischen Außenministeriums zurückgeht. Da dieses lediglich Staatsbezeichnungen der Länder beinhaltete, mit denen Schweden diplomatische Verbindungen pflegte, musste das schwedische Sprachpflegeamt die Liste um die Namen ergänzen, die trotz allem in der öffentlichen Kommunikation vorkamen.

¹³ Anhand des Referenzkorpus KORP konnte festgestellt werden, dass sich der Gebrauch der Staatsnamen zwischen 1965 und 1976 wandelte (beide Korpora bestehen ausschließlich aus Tageszeitungen). Um diesen Wandel exakter bestimmen und den Gebrauch der Bezeichnungen in diesem Zeitraum näher betrachten zu können, wurden zwei weitere Archive in Anspruch genommen. Die Sigtuna-Stiftung bietet ein Pressearchiv mit Zeitungsartikeln bis etwa 1990 an. Dort wurden alle Artikel (etwa 300) zur Rubrik »Deutschland allgemeines« (*Tyskland i allmänhet*) 1960–1970 exzerpiert. Auch das digitalisierte Zeitungsarchiv der Königlichen Bibliothek in Stockholm wurde für den ausgewählten Zeitraum der 1970er und 80er Jahre benutzt.

¹⁴ Original: »Men de östtyska åtgärderna demonstrerar framför allt Västtysklands dilemma i tysklandspolitiken, vilket gäller förbundsrepublikens relationer till Östtyskland, DDR.«

der sonst eine kritische Auseinandersetzung mit dem Schulunterricht in der DDR darstellt:

»Das mittlere Deutschland (Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg etc.) ist von russischen Truppen besetzt und wird von deutschen Kommunisten verwaltet, die dort einen Scheinstaat eingerichtet haben, genannt Deutsche Demokratische Republik – im Folgenden nach deutschem Muster DDR genannt (Deutsche Demokratische Republik). Zu unrecht nennen viele Schweden dieses mitteldeutsche, sowjetbesetzte Gebiet Ostdeutschland.« (Thulstrup 1961, S. 98)¹⁵

Die Argumentation in diesem Text folgt der offiziellen westdeutschen Linie bis Ende der 1960er Jahre und zeigt eine Parallele zum oben angeführten Mendes-Zitat. Folglich benutzte der Verfasser auch distanzierende Anführungszeichen im Artikel, zum Beispiel wenn vom »ostdeutschen« *Schulwesen* die Rede ist.

3.2.3 Westdeutschland vs. DDR/Ostdeutschland

Ende der 1960er Jahre stieß die deutsche Frage auf verhältnismäßig großes Interesse in der schwedischen Presse. Im Wahlkampf Willy Brandts 1969 spielten die Beziehungen zur DDR eine wichtige Rolle und wurden von den schwedischen Zeitungen aufmerksam verfolgt. Die Bezeichnungen *DDR* und *Östtyskland* wurden inzwischen synonym verwendet, und als der Grundlagenvertrag am 21. Dezember 1972 zur diplomatischen Anerkennung der DDR durch Schweden führte, hatte sich eine gewisse Asymmetrie der Benennungspraktiken im schwedischen öffentlichen Diskurs bereits etabliert. In *Expressen* vom 17.9.1972 findet sich die Formulierung: »Die zähen Verhandlungen zwischen der DDR und Westdeutschland werden gelöst«. Am 21. Dezember 1972 publiziert *Svenska Dagbladet* ein Bild von den beiden unterzeichnenden Partnern des Grundlagenvertrags mit der Unterschrift: »Michael Kohl, DDR (links) und Westdeutschlands Egon Bahr tauschen die Dokumente aus, die den Grundlagenvertrag der beiden deutschen Staaten beinhalten.« Gleichzeitig führt ein Leitartikel mit der Überschrift »Die deutsche Frage gelöst« in *Dagens Nyheter* die offiziellen Staatsbezeichnungen neben der sonst gebräuchlichen: *Västtyskland (Förbundsrepubliken Tyskland)* und *Östtyskland (Tyska demokratiska Republiken)* ein. Das mag übertrieben pädagogisch anmuten, aber vielleicht waren es doch notwendige Informationen, hatten doch sowohl *Aftonbladet* (12.10.1972) als auch *Dagens Nyheter* (8.11.1972) einige Wochen früher die Bundesrepublik fälschlicherweise *Tyska förbundsrepubliken* (die deutsche Bundesrepublik) genannt, eine Bezeichnung, die vor dem Grundlagenvertrag von DDR-Seite gebraucht wurde.

Bilanzierend können bis hierher eine Bezeichnungskonkurrenz und eine Ambivalenz in den Benennungspraktiken festgestellt werden, die zum einen zeigen, wie kompliziert die Frage auf politischer Ebene war und die zum anderen den politisch-

¹⁵ Original: »Mellersta Tyskland (Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg etc.) hålls besatt av ryska trupper och förvaltas av tyska kommunister, som där har upprättat en skenstat, kallad Tyska Demokratiska Republiken – i det följande efter tyskt mönster kallad DDR (Deutsche Demokratische Republik). Med orätt kallar många svenskar detta mellantyska, sovjetbesatta område Östtyskland.«

Abb. 2 Gebrauch der Namen für das geteilte Deutschland im Jahr 1976 in der schwedischen Presse nach dem schwedischen Referenzkorpus KORP (Korpusgröße: 1351 080 Tokens). Quelle: Press 1976 (KORP) <http://spraakbanken.gu.se/korp/> (1/7 2018)

historischen Wandel bezeugen. Die Korpusrecherche in *Press 1976* zeigt folgende Verteilung der Staatsnamen (Abb. 2).

Während im Jahr 1976 die Bezeichnungen *Förbundsrepubliken* und *BRD* in der schwedischen Presse weiterhin wenig oder keine Verwendung fanden, wurde die Abkürzung *DDR* sogar etwas häufiger gebraucht als *Östtyskland*. Die Anzahl der *Tyskland*-Belege hingegen ist gesunken, etwa die Hälfte der Nennungen referiert auf die Bundesrepublik. *Westdeutschland* wurde 1976 dreimal so häufig wie *Ostdeutschland* genannt. Ein Vergleich mit der Trefferquote im Korpus der schwedischen Reichstagsprotokolle 1978/79 bestätigt dieses Bild. *Västtyskland* kommt am häufigsten vor mit 101 Treffern, *Förbundsrepubliken Tyskland* kommt sechsmal vor und *BRD* kein einziges Mal. Für *DDR* finden sich 12 Belege und für *Östtyskland* sechs. Die Bezeichnung *Tyskland* kann neben der Nominalgruppe *Förbundsrepubliken Tyskland* weitere zehnmal belegt werden, von denen sämtliche Verwendungen auf die Bundesrepublik referieren.¹⁶

Ein Vergleich mit dem Pressekorpus *DN 1987*, zeigt schließlich, dass sich die Benennungspraktiken in den 80er Jahren nicht wesentlich veränderten (Abb. 3). *Västtyskland* war im Vergleichsspektrum weiterhin das häufigste Thema in der Presse und auch die üblichste Bezeichnung für die Bundesrepublik. Von den 126 Belegen für Deutschland im Korpus verwies zudem etwa die Hälfte auf die Bundesrepublik. Die Bezeichnungen *DDR* und *Östtyskland* wurden ungefähr gleich häufig verwendet.

Die Tatsache, dass *Östtyskland* und *DDR* synonym mit den gleichen Konnotationen gebraucht werden konnten, führte mit der Zeit zu einer Asymmetrie in den Benennungspraktiken der beiden deutschen Staaten in Schweden. Die Reportage des Fußballspiels zwischen der Bundesrepublik und der DDR in *Svenska Dagbladet* vom 23. Juni 1974 ist ein Beispiel dafür: »Westdeutschland startete ebenfalls in einem sehr offensiven und positiven Stil. Die DDR geriet in der Anfangsphase stark unter Druck«. Etwas später im Artikel hieß es: »Falls Ostdeutschland trium-

¹⁶ Quelle: SNP 78–79 Riksdagens snabbprotokoll (KORP) <http://spraakbanken.gu.se/korp/> (1/7 2018).

Abb. 3 Gebrauch der Namen für das geteilte Deutschland im Jahr 1987 in der schwedischen Tageszeitung *Dagens Nyheter* nach dem schwedischen Referenzkorpus KÖRP (Korpusgröße: 5122 237 Tokens). Quelle: DN 1987 (KÖRP) <http://spraakbanken.gu.se/korp/> (1/7 2018)

phieren würde, wäre die DDR das Team, das auf die Holländer stoßen würde.«¹⁷ Entsprechende konkurrierende Bezeichnungen sind für die Bundesrepublik nicht zu verzeichnen, die konsequent *Västtyskland* genannt wurde oder *Tyskland*, falls nicht differenziert werden musste, wie es in der schwedischen Direktberichterstattung des WM-Finales zwischen der Bundesrepublik und Holland 1974 in München der Fall war.¹⁸ Ein weiteres interessantes Beispiel asymmetrischer Benennungspraktik stellt der Medaillenspiegel der olympischen Spiele vom 4. August 1976 dar, in dem wir die *DDR* auf Platz zwei und *Västtyskland* auf dem vierten Platz wiederfinden (Abb. 4).

3.2.4 Neutrale Lehrbücher?

Meine Studie beinhaltet ebenso eine Analyse schwedischer Lehrbücher für das Gymnasium in den Fächern Geschichte und Sozialkunde.¹⁹ Was die Geschichtsbücher betrifft, kann eine Parallelität im Gebrauch der Bezeichnungen konstatiert werden. Entweder benutzt man die Bezeichnungen *DDR* vs. *Förbundsrepubliken Tyskland* oder es werden – und das ist mit Abstand die gängigste Variante – *Östtyskland* und *Västtyskland* gebraucht. Es wird deutlich, dass die Lehrbuchautor*innen sich um eine symmetrische und neutrale Darstellung der deutschen Staaten bemühen, was sich nicht nur in der Wahl der Staatsbezeichnungen manifestiert. Ein repräsentatives Beispiel von 1983 soll hier angeführt werden: »Die Uneinigkeit führte zur Spaltung Deutschlands in zwei Teile: Ostdeutschland (DDR), die sowjetische Besatzungszone, und Westdeutschland (BRD), die Besatzungszone der Westalliierten.« (Samuelsson 1983, S. 407)²⁰ Sämtliche Geschichtslehrbücher zeigen Landkarten mit den symme-

¹⁷ Original: »Västtyskland startade också i en mycket offensiv och optimistisk anda. DDR pressades hårt tillbaka under inledningen, [...]«; »[...] om Östtyskland triumferade skulle det bli DDR som drabbade samman med holländarna«.

¹⁸ Svensk mediedatabas: Fotbolls-VM – final: Västtyskland-Holland. 1974-07-07, <https://smdb.kb.se/catalog/id/001425618> (7/3 2016).

¹⁹ Siehe Seiler Brylla (im Druck) für eine ausführlichere Darstellung der Lehrbuchanalyse.

²⁰ Original: »Oenigheten ledde till att Tyskland klövs i två delar: Östtyskland (DDR), den sovjetiska ockupationszonen, och Västtyskland (BRD), de västallierades ockupationszon.«.

Abb. 4 Medaillenspiegel der Olympischen Spiele 1976, in: *Expressen* 1.8.76

MEDALJ-STRIDEN				
	Guld	Silver	Brons	Poäng
Sovjet	47	43	35	262
USA	34	35	25	197
DDR	40	25	25	195
Västtyskland	10	11	17	69
Japan	9	6	10	49
Polen	8	6	11	47
Bulgarien	7	8	9	46
Rumänien	4	9	15	45
Ungern	4	5	12	34
Kuba	6	4	3	29
Storbritannien	3	5	5	24
Italien	2	7	4	24
Finland	4	2	—	16
Kanada	—	5	6	16
Jugoslavien	2	3	3	15
Sverige	4	1	—	14
Tjeckoslovakien	2	2	4	14
Frankrike	1	2	5	12
Nya Zeeland	2	1	1	9
Sydkorea	1	1	4	9
Belgien	—	3	2	8
Schweiz	1	1	2	7
Holland	—	2	3	7
Australien	—	1	4	6
Jamaica	1	1	—	5

trischen Bezeichnungen *Västtyskland* und *Östtyskland*. (vgl. z.B. Hildingson et al. 1974, S. 332). Ein metasprachliches Beispiel findet sich in der Darstellung in *Alla tiders historia* (Bergström et al. 1983, S. 376), wo die schwedischen Benennungspraktiken explizit thematisiert werden:

»Als die Berlinblockade vorbei war, ließen die Westmächte ihre Zonen einen selbständigen Staat bilden, die Bundesrepublik Deutschland – oft Westdeutschland genannt. Bonn wurde zur Hauptstadt. Nach einigen Monaten folgte die Sowjetunion dem Beispiel und bildete ihre Besatzungszone in die Deutsche Demokratische Republik um, die heutzutage abwechselnd Ostdeutschland und die DDR genannt wird.«²¹

²¹ Original: »När Berlinblockaden var över, lät västmakterna sina zoner bilda en självständig stat, Förbundsrepubliken Tyskland – ofta kallad Västtyskland. Huvudstad blev Bonn. Efter några månader följde Sovjetunionen exemplet och ombildade sin okupationszon till Tyska demokratiska republiken, som numera omväxlande kallas Östtyskland och DDR.«

Im selben Lehrbuch wird die DDR etwas später unter der Rubrik »DDR – ein anderes Deutschland« näher vorgestellt. Auf diese explizite Konzeptualisierung komme ich in meinem Fazit zurück.

Mein Lehrbuchkorpus umfasst zudem vier Bücher in Sozialkunde. In diesen Lehrwerken finden sich nicht dieselben symmetrischen Benennungspraktiken wie in den Geschichtslehrbüchern. Vorwiegend werden die Bezeichnungen *DDR* und *Västtyskland* gebraucht, allerdings spielt die DDR hier nur eine untergeordnete Rolle. Vor allem die Sowjetunion, China und Cuba werden als Beispiele für Planwirtschaft o. ä. angeführt. In einem Buch mit dem Titel *Politik* findet sich jedoch folgendes Beispiel, das an die oben dargestellten Benennungspraktiken der Presse erinnert: »In Westdeutschland sind eine andere Art regionaler Probleme an der Grenze zur DDR entstanden.« (Larsson 1976, S. 101)²²

3.2.5 Transparenz und die funktionale Norm

Durch den synonymen Gebrauch der Bezeichnungen *DDR* und *Östtyskland* unterscheidet sich der schwedische Diskurs deutlich vom deutschen Sprachgebrauch. In der DDR wurden die Ausdrücke *ostdeutsch* und *Ostdeutschland* vermieden und in der Bundesrepublik wurden die Bezeichnungen *DDR* und *Ostdeutschland* mit unterschiedlichen Konnotationen eingesetzt.²³

Wie sind die schwedischen Benennungspraktiken zu erklären und welche politischen Implikationen könnten in diesem Zusammenhang umrissen werden? Aus einer deutsch-deutschen Perspektive war es für die Bundesrepublik ein Erfolg, dass die umstrittene Abkürzung *BRD* nicht zur Verwendung kam (wie es beispielsweise in Österreich der Fall war). Andererseits etablierte sich so die Bezeichnung *Westdeutschland* sehr früh, die das Land auf ein regionales Provisorium des geteilten Deutschlands reduzierte. Die DDR musste ihrerseits ertragen, dass die im Inland abgelehnte und verbotene Bezeichnung *Ostdeutschland* relativ verbreitet war, zugleich aber konnte man sich über den regelmäßigen Gebrauch der offiziellen Initialabkürzung freuen, was als auslandspropagandistischer Erfolg durch die DDR-Funktionär*innen vor Ort nach Berlin berichtet wurde (PM Jan Peters, BArch, SAPMO, DY 13 2589, 14.6.1968, S. 2).

Könnte also der verbreitete Gebrauch der Bezeichnung *DDR* als Konsequenz der erfolgreichen Auslandsinformation durch die DDR in Schweden angesehen werden? Das wäre meines Erachtens eine simplifizierende oder sogar falsche Schlussfolgerung. Meiner Einschätzung nach bedeutet die Verwendungsweise *Västtyskland* eine Konzeptualisierung der Bundesrepublik als das »richtige« Deutschland, wobei dem zweiten Wortglied somit eine wichtige Funktion zukommt (vgl. hierzu Tienken 2015, S. 477–79). Die Dominanz des Namens *Västtyskland* im schwedischen öffentlichen

²² Original: »I Västtyskland har det uppstått en annan typ av regionala problem mot gränsen till DDR Ingemar Larsson.«

²³ Inwiefern der Gebrauch des asymmetrischen Paares *Västtyskland* vs. *DDR* auch in anderen (neutralen) westlichen Staaten häufig war, kann im Rahmen dieses Beitrags natürlich nicht beantwortet werden. Stichproben in dänischen, norwegischen und britischen Zeitungen deuten darauf hin, dass es sich so verhalten könnte, aber um dies zu bestätigen, bedarf es vergleichbarer systematischer Studien.

Diskurs werde ich als Beispiel für eine funktionalistische Sicht auf Sprache, die in Schweden für den sprachpolitischen Diskurs bestimmend ist. Dem Sprachwissenschaftler Olle Josephson (2018, S. 82) zufolge prägt die sogenannte *funktionale Norm* seit Ende des 19. Jahrhunderts die schwedische Sprachpolitik und damit auch den öffentlichen Sprachgebrauch. Funktionale Norm bedeutet, dass sich solche Ausdrücke durchsetzen, die einfach zu erlernen sowie leicht zu (re)produzieren und zu verstehen sind (Josephson 2018, S. 81–82).

Auch bei den Benennungspraktiken im Falle der beiden deutschen Staaten ist die Vermutung naheliegend, dass der kommunikative Aspekt eine wichtige Rolle gespielt hat. *Västtyskland* war offenbar der Staatsname, der von der funktionalen Norm ausgehend am besten funktionierte. Die Abkürzung *BRD* war für schwedische Sprachbenutzer*innen nicht transparent genug, der offizielle Name *Förbundsrepubliken Tyskland* war zu sperrig, die Kurzform *Förbundsrepubliken* wiederum nicht deutlich genug. Damit blieb nur *Tyskland* als mögliche Alternative zu *Västtyskland*, die aber den Vorwurf, die DDR zu exkludieren, nach sich ziehen konnte. (Trotzdem wurde die Bezeichnung *Tyskland* für die Bundesrepublik mitunter gebraucht, was meine Korpusanalysen belegen.)

Parallel funktionierte auch die Bezeichnung *Östtyskland* gut: Sie war transparent und positionierte zudem die DDR als ein Teil des Ostblocks. Die interessante Frage ist deshalb, warum es in diesem Fall gelang, das Kürzel *DDR* als konkurrierende Bezeichnung zu etablieren. Die metasprachlichen Diskussionen zur Deutschland-Frage Ende der 1960er Jahre haben sicher dazu beigetragen, die Abkürzung in Umlauf zu bringen; ihr Gebrauch war mit einer politischen Positionierung verbunden. Die Erfolge der DDR-Sportler*innen in den 1970er und 80er Jahren, die große mediale Aufmerksamkeit erregten, könnte eine weitere Erklärung für die Verbreitung der Abkürzung sein. Ihr häufiger Gebrauch im Sport assoziierte jedoch eher eine Organisation oder eine Partei als das ›richtige‹ Deutschland.

Obwohl funktionale Aspekte die Benennungspraktiken im schwedischen öffentlichen Diskurs dominiert haben, findet man z. B. in der Informations- und Reiseliteratur in Schweden immer wieder Beispiele für ein sprachsensibles Bewusstsein, vor allem die DDR betreffend. So erschien kurz vor dem Mauerfall in Schweden ein Reiseführer zur DDR mit dem Titel *Se Östtyskland* (›Besichtige Ostdeutschland‹). Der Autor Ulf Schenkmanis variiert in seinem Buch zwischen *Östtyskland* und *DDR*, schließt aber seine Darstellung mit einem metasprachlichen Rat an die Leser*innen: »Wenn du zu deinen Gastgebern höflich sein möchtest, sprichst du in Ostdeutschland ausschließlich über ›die DDR‹, das heißt die Deutsche Demokratische Republik.« (Schenkmanis 1989, S. 8)²⁴

4 Fazit

Die vorliegende Studie zeigt, dass die Staatsnamen im geteilten Deutschland bis 1989 eine brisante Angelegenheit blieben. Die Wahl der Benennung für den eige-

²⁴ Original: »Vill du vara artig mot dina vänner så talar du i Östtyskland enbart om ›die DDR‹, dvs die Deutsche Demokratische Republik.« Vgl. auch Swartz (1974, S. 3).

Tab. 2 Übliche Benennungen für die zwei deutschen Staaten 1970–1989

Benennungen für	in Schweden	in der Bundesrepublik	in der DDR
Bundesrepublik Deutschland	<i>Västtyskland</i> <i>Tyskland</i>	<i>Bundesrepublik</i> <i>(Deutschland)</i> <i>Deutschland</i> <i>Westdeutschland</i>	<i>BRD</i> <i>Westdeutschland</i> <i>Bundesrepublik</i> <i>(Deutschland)</i>
DDR	<i>Östtyskland/DDR</i>	<i>DDR</i> <i>Ostdeutschland</i>	<i>DDR</i> <i>Deutsche Demokrati-</i> <i>sche Republik</i>

nen oder für den anderen Staat war zentraler Bestandteil einer Signalpolitik, die jeweils vom historischen Kontext abhängig war. Am schwedischen Material wird auch eine pragmatische Haltung kenntlich: Am Ende setzen sich jene Bezeichnungen durch, die in der Kommunikationssituation gut funktionieren, wobei Rücksicht auf die deutsch-deutschen Benennungspräferenzen eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben scheinen. Eine Ausnahme stellen die metasprachlichen Diskussionen im Material dar, die auf die Namenskonflikte im geteilten Deutschland referieren. Diese haben fast immer eine politische Agenda, zum Beispiel eine Befürwortung der diplomatischen Anerkennung der DDR. Ebenso wird deutlich, dass die Benennungspraktiken in Schweden im Zuge der medialen Debatten zur Deutschlandfrage einem Wandel unterlagen. Die Variation zwischen den Bezeichnungen *DDR* und *Östtyskland* wäre ohne eine veränderte Ostpolitik nicht zustande gekommen.

Tabelle 2 vermittelt einen Überblick über die Zeit nach dem Grundlagenvertrag.

Sowohl im schwedischen als auch im westdeutschen Kontext wurde die Bundesrepublik regelmäßig mit Deutschland assoziiert, während der DDR ein Sonderstatus zugesprochen wurde. Trotz unterschiedlicher Bezeichnungen konzeptualisieren die Benennungen das gleiche Bild, nämlich die Bundesrepublik als das »richtige« oder im linguistischen Sinne das prototypische Deutschland (Hermanns 1992, S. 255). In der Bundesrepublik wurde die Verwendung der Bezeichnungen *Deutschland* und *Deutsch* gefördert, auch wenn nur das eine (eigene) Deutschland gemeint war. So gesehen wurde auch nach dem Grundlagenvertrag der Alleinvertretungsanspruch weiterhin diskursiv konstruiert.

In der DDR wurde dagegen die Verwendungen der Bezeichnungen *Deutschland* und *Deutsch* konsequent vermieden. Stattdessen wurde die Abkürzung *DDR* in jedem erdenklichen Kontext verwendet (vorausgesetzt, dass nicht die volle offizielle Staatsbezeichnung erforderlich war). So trugen auch die ostdeutschen Benennungspraktiken dazu bei, die DDR als etwas ›Anderes‹ und ›Neues‹ zu konstruieren, zum Beispiel als den, wie es hieß, »ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden«.

In Schweden dominierte der Versuch, die beiden Staaten neutral und ebenbürtig zu benennen (*Öst-* vs. *Västtyskland*), doch durch den synonymen Gebrauch des Kürzels *DDR* entstand in den 1970er Jahren eine den medialen Diskurs prägende Benennungsasymmetrie mit *DDR* vs. *Västtyskland*. Diese Asymmetrie, welche die binäre Opposition Westdeutschland-DDR konstruierte, führte letzten Endes eher zur Konzeptualisierung von einem ›richtigen‹ Deutschland und einem ›anderen‹ Deutschland.

Diskurslinguistik positioniert sich als eine text-, korpus- und wissensorientierte Form der Aussagenanalyse mit Blick auf transtextuelle sprachliche Phänomene (Reisigl/Warneke 2013, S. 7). Ein diskurslinguistischer Zugriff auf die analysierten Daten hat in der vorliegenden Studie die Brisanz der konkurrierenden Bezeichnungen oder Nominationsausdrücke im jeweiligen Kontext deutlich gemacht. Es konnte gezeigt werden, dass die beiden deutschen Staaten in der Bundesrepublik, in der DDR und in Schweden unterschiedlich sprachlich konstruiert wurden, dass die verschiedenen Diskurse auch als Bezugsgrößen füreinander dienten und schließlich, dass der Wandel der Bezeichnungen mit einem historischen Wandel einherging, was auf die dialektische Beziehung zwischen dem Diskurs und den sie prägenden Situationen und Kontexten zurückzuführen ist (Fairclough/Wodak 1997, S. 258). Die Relevanz einer diachronen, textübergreifenden Analyse von diskursiven Praktiken für die Erforschung der politischen Geschichte wurde damit bestätigt (vgl. Gardt 2007, S. 39).

Diese Benennungspraktiken waren Teil einer strategischen politischen Kommunikation, die mit dem Ende des kalten Kriegs zwar zu Ende gingen, aber auch im Wiedervereinigungsprozess noch von Bedeutung waren. Die deutsche Einigung bedeutete vor allem für die ostdeutschen Bürger*innen eine große politische, juristische und soziale Umstellung. Es ging auch darum eine gesamtdeutsche Identität zu finden, was, wie bekannt, nicht reibungslos verlief und verläuft. Auch heute noch wird von der »Mauer im Kopf« gesprochen. Herrmanns beschreibt 1992 die DDR-Bürger als »marginale Deutsche« (1992, S. 255), und Hellmann warnte bereits vor der Wende vor der Ausklammerung der DDR-Bürger aus dem Deutschlandbegriff (1989, S. 147–149). Dass die seit den 1970er Jahren zunehmende Gewohnheit, die Westdeutschen als die *Deutschen* zu bezeichnen, zur Identitätsproblematik beigetragen haben kann, leuchtet von daher ein. Zugespitzt formuliert: Vor der Vereinigung lebten in einem Teil des neuen Landes bereits *Deutsche*, während die anderen es erst noch werden mussten. Herrmanns (1992, S. 255) berichtet, wie die DDR-Fahrer*innen schon vor dem 3.10.1990 die Nationalitätsschilder an ihren Autos überklebten, so dass man nur noch das D in DDR sehen konnte. Sicher ließen die Automarken *Trabant* oder *Wartburg* keinen Zweifel daran, woher die Passagiere kamen, und auch das Provisorische am Akt des Überklebens blieb deutlich sichtbar. Trotzdem kann in dieser symbolischen Handlung – im Grunde einem Akt des Labelns – der Versuch erkannt werden, die alte durch eine neue Identität zu ersetzen.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Kungliga biblioteket Stockholm: Svensk mediedatabas: <https://smdb.kb.se>
Kungliga biblioteket Stockholm: Svenska dagstidningar: <http://tidningar.kb.se>

Sigtuna-stiftelsen, Sigtuna klipparkiv: Bestand Tyskland, allmänt
 Språkbanken (KORP): <https://spraakbanken.gu.se/korp>, Press 65
 Språkbanken (KORP): <https://spraakbanken.gu.se/korp>, Press 76
 Språkbanken (KORP): <https://spraakbanken.gu.se/korp>, DN 1987
 Språkbanken (KORP): <https://spraakbanken.gu.se/korp>, SNP 78/79 Riksdagens snabbprotokoll
 Staatsbibliothek zu Berlin: DDR-Presse: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de>
 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin: Politbüro des
 ZEK der SED 9/11 1965, DY30 JIV 2/2 Nr 1011.
 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin: Politbüro des
 ZEK der SED 27/3 1973, DY30 JIV 2/2 Nr 1440.
 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin: PM Jan Peters,
 DY 13 2589, Zur korrekten Staatsbezeichnung der DDR in Schweden, Stockholm, den 14.6.1968.

Literatur

- Abraham, Nils: *Die politische Auslandsarbeit der DDR in Schweden: Zur Public Diplomacy der DDR gegenüber Schweden nach der diplomatischen Anerkennung (1972–1989)*. Berlin 2007.
- Almgren, Birgitta: *Inte bara Stasi ... Relationer Sverige-DDR 1949–1990*. Stockholm 2009.
- Almgren, Birgitta: *Inte bara spioner... Stasi-infiltration i Sverige under kalla kriget*. Stockholm 2011.
- Bergström, Börje et al.: *Alla tiders historia*. Stockholm 1983.
- Berschin, Helmut: *Deutschland – ein Name im Wandel: Die deutsche Frage im Spiegel der Sprache*. München 1979.
- Böke, Karin: »Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Zu Theorie und Methodik.« In: Karin Böke/Frank Liedtke/Martin Wengeler (Hg.): *Politische Vokabeln in der Adenauer-Ära*. Berlin/New York 1996.
- Böke, Karin/Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Wengeler, Martin: »Vergleichende Diskurslinguistik. Überlegungen zur Analyse national heterogener Textkorpora.« In: Martin Wengeler (Hg.): *Sprachgeschichte als Zeitgeschichte*. Hildesheim et al. 2005, S. 247–283.
- Böke, Karin/Liedtke, Frank/Wengeler, Martin (Hg.): *Politische Vokabeln in der Adenauer-Ära*. Berlin/New York 1996.
- Bonniers Lexikon*, Bd. 14. Stockholm 1966.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang: »Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik.« In: Dietrich Busse/Fritz Hermanns/Wolfgang Teubert (Hg.): *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*. Opladen 1994, S. 10–28.
- Deppermann, Arnulf: »Positioning.« In: Anna De Fina/Alexandra Georgakopoulou (Hg.): *The Handbook of Narrative Analysis*. New York 2015, S. 369–387.
- Ekengren, Ann-Marie: *Av hänsyn till folkkräften? Svensk erkännandepolitik 1945–1995*. Stockholm 1999.
- Fairclough, Norman/Wodak, Ruth: »Critical Discourse Analysis.« In: Teun van Dijk (Hg.): *Discourse Studies. A multidisciplinary introduction. Vol. 2. Discourse as social interaction*. London 1997, S. 258–284.
- Friesen, Hans von: *Tyskland och stormakterna: En studie i Tysklandsfrågans utveckling efter det andra världskriget*. Stockholm 1973.
- Gardt, Andreas: »Diskursanalyse – Aktueller theoretischer Ort und methodische Möglichkeiten.« In: Ingo H. Warnke (Hg.): *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände*. Berlin/New York 2007, S. 27–52.
- Girnth, Heiko: *Sprache und Sprachverwendung in der Politik: Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin/New York 2015.
- Griese, Olivia: *Auswärtige Kulturpolitik und Kalter Krieg: die Konkurrenz von Bundesrepublik und DDR in Finnland 1949–1973*. Wiesbaden 2006.
- Hahn, Silke: »Vom zerrissenen Deutschland zur vereinigten Republik: Zur Sprachgeschichte der ›deutschen Frage‹.« In: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hg.): *Kontroverse Begriffe: Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York 1995, S. 288–292.
- Hellmann, Manfred W.: »Gefahr für die sprachliche Einheit? Unsere Sprache zwischen Ost und West.« In: *Mitteldeutsche Vorträge* 1968/69, S. 39–70.

- Hellmann, Manfred W.: »Zwei Gesellschaften – Zwei Sprachkulturen? Acht Thesen zur öffentlichen Sprache in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik«. In: *Forum für interdisziplinäre Forschung* 2 (1989), S. 27–38.
- Hellmann, Manfred W.: »Das ›kommunistische Kürzel BRD‹: Zur Geschichte des öffentlichen Umgangs mit den Bezeichnungen für die beiden deutschen Staaten«. In: Irmhild Barz/Marianne Schröder (Hg.): *Nominationsforschung im Deutschen: Festschrift für Wolfgang Fleischer zum 75. Geburtstag*. Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Wien 1997, S. 93–107.
- Hellmann, Manfred W.: »Zwei Staaten – eine Sprache? Zwei Staaten – zwei Sprachen?«. In: Bettina Bock/Ulla Fix/Steffen Pappert (Hg.): *Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche*. Leipzig 2011, S. 51–74.
- Hentilä, Seppo: *Neutral zwischen den beiden deutschen Staaten: Finnland und Deutschland im Kalten Krieg*. Berlin 2006.
- Hermanns, Fritz: »Ein Wort im Wandel: Deutsch – was ist das? Semiotisch-semantische Anmerkungen zu einem Wahlplakat der CDU (1990)«. In: Armin Burkhardt/Peter K. Fritzsche (Hg.): *Sprache im Umbruch: Politischer Sprachwandel im Zeichen von ›Wende‹ und ›Vereinigung‹*. Berlin/New York 1992, S. 253–266.
- Hildingson, Lars et al.: *Två sekler: Lärobok i historia för gymnasieskolan, 3- och 4-årig linje, åk 2–3*. Stockholm 1974.
- Holm, Erik: *Berlinproblemet*. Stockholm 1961.
- Hornscheidt, Lann/Nduka-Agwu, Adibeli: »Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Sprache«. In: Adibeli Nduka-Agwu/Lann Hornscheidt (Hg.): *Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen*. Frankfurt a.M. 2010, S. 15–45.
- Hornscheidt, Lann: *feministische w_orte. ein lern-, denk- und handlungsbuch zu sprache und diskriminierung, gender studies und feministischer linguistik*. Frankfurt a.M. 2012.
- Josephson, Olle: *Språkpolitik*. Stockholm 2018.
- Kämper, Heidrun: »Politische Wechsel – Sprachliche Umbrüche. Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Sprachgeschichte«. In: Bettina Bock/Ulla Fix/Steffen Pappert (Hg.): *Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche*. Berlin 2011, S. 31–50.
- Klein, Josef: »Kann man ›Begriffe besetzen‹? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher«. In: Frank Liedke/Martin Wengeler/Karin Böke (Hg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen 1991, S. 44–69.
- Korlén, Gustav: »›Mitteldeutschland‹ – Sprachlenkung oder Neutralismus?«. In: *Moderna språk* 59 (1965). Stockholm, S. 37–55.
- Koselleck, Reinhart: »Einleitung«. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 8. Stuttgart 1972.
- Larsson, Ingemar (Hg.): *Politik. Grundbok 3: Samhällskunskap för gymnasieskolan. Årskurs 3. HSE*. Stockholm 1976.
- Linderöth, Andreas: *Kampen för erkännande: DDR:s utrikespolitik gentemot Sverige 1949–1972*. Lund 2002.
- Muschik, Alexander: *Die beiden deutschen Staaten und das neutrale Schweden: Eine Dreiecksbeziehung im Schatten der offenen Deutschlandfrage 1949–1972*. Münster 2005.
- Polenz, Peter von: *Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Bd. I: Einführung, Grundbegriffe, Deutsch in der frühbürgerlichen Zeit*. Berlin/New York 1991.
- Reisigl, Martin/Warnke, Ingo H.: »Diskurslinguistik im Spannungsfeld von Deskription, Präskription und Kritik. Eine Einleitung«. In: Ulrike Hanna Meinhof/Martin Reisigl/Ingo H. Warnke (Hg.): *Diskurslinguistik im Spannungsfeld von Deskription und Kritik*. Berlin, S. 7–35.
- Samuelson, Sven: *Fortid till nutid 2: Historia för gymnasieskolan*. Stockholm 1983.
- Schenkmanis, Ulf: *Se Östyskland*. Stockholm 1989.
- Scholz, Michael F.: *Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration: Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR*. Stuttgart 2000.
- Seiler Brylla, Charlotta: »Das Sportwunder DDR aus der schwedischen Perspektive: Eine linguistische Diskursanalyse«. In: *Moderna Språk*, Vol. 107, Nr 2 (2013), S. 35–55.
- Seiler Brylla, Charlotta: »Darstellungen des geteilten Deutschlands in schwedischen Lehrbüchern der 1970er und 1980er Jahre. Eine multimodale Analyse«. In: Nils Abraham et al. (Hg.): *Conflict and Cooperation. The Baltic Sea as a ›space for action‹*. Bern (im Druck).
- Seiler Brylla, Charlotta/Wåghäll Nivre, Elisabeth: »Vorwort«. In: Dies. (Hg.): *Sendbote zwischen den Kulturen: Gustav Korlén und die germanistische Tradition an der Universität Stockholm*. Stockholm 2015, S. 9–18.

- Seiler, Lutz: »Heimaten«. In: Heinz Ludwig Arnold (Hg.): *Göttinger Sudelblätter*. Göttingen 2001, S. 5–27.
- Spieß, Constanze: *Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethik-Debatte*. Berlin/Boston 2011.
- Spitzmüller, Jürgen: »Metapragmatik, Indexikalität und soziale Registrierung«. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 3/2013, S. 263–287.
- Spitzmüller, Jürgen/Warneke, Ingo H.: *Diskurslinguistik: Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*. Berlin/Boston 2011.
- Stötzel, Georg: »Einleitung«. In: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hg.): *Kontroverse Begriffe: Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York 1995, S. 1–17.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (Hg.): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York 1995.
- Swartz, Richard: *DDR – en stat växer fram*. Stockholm 1974.
- Thulstrup, Åke: »Fostran till socialism: Glimtar av »östityskt skolväsen««. In: *Samtid och framtid: Tidskrift för idépolitik och kultur*, vol. 2 (1961), S. 98–101.
- Tienken, Susanne: »Muster – kulturanalytisch betrachtet«. In: Christa Dürscheid/Jan Georg Schneider (Hg.): *Handbuch Satz, Äußerung, Schema*. Berlin/Boston 2015, S. 464–484.